

schwer punkt

» Demografie und Erwachsenenbildung im ländlichen Raum: Blickpunkt Sachsen

I. Ländliche Räume im Abseits?

Der ländliche Raum ist nicht erst in den letzten Jahren zu einer gesellschaftlichen Problemzone geworden. Das Stadt-Land-Gefälle hat eine ausgeprägte historische Dimension. Seit 1945 sollten verschiedene großangelegte Raumordnungsprogramme die Gleichwertigkeit von Lebensräumen sichern, doch dies ist in Bezug auf das Verhältnis von Stadt und Land bis heute nur in Ansätzen gelungen. Besonders deutlich wird diese Disparität seit den 1990er-Jahren zwischen den neuen und alten Bundesländern.

Die Politik reagiert darauf bundes- und landesweit mit verschiedenen Programmen und Strategien. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz verabschiedete zum Beispiel einen „Nationalen Strategieplan der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume 2007–2013“¹. Hier wird auf die Idee der *Eigenständigen Regionalentwicklung* aus den 1980er- und 1990er-Jahren zurückgegriffen.²

II. Bevölkerungsentwicklung als gesellschaftliche Schlüsselfrage

Demografie und Sicherung der Daseinsvorsorge sind zu zentralen politischen Handlungsfeldern für Städte und ländliche Regionen geworden und mit einem großen Gestaltungsdruck verbunden. Das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWAV) etwa stellt

mit Blick auf den Europäischen Sozialfonds (ESF) als Fazit fest: Wohlstandsentwicklung und Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen Sachsens sind durch demografische Entwicklungen in Gefahr geraten und bedürfen einer dringenden Gegensteuerung.³

Sinkende Geburtenraten sowie eine überdurchschnittliche Abwanderung junger Familien und qualifizierter Fachkräfte – also der sogenannte Brain Drain – lassen in Sachsen einen durchschnittlichen Bevölkerungsrückgang von 9,4 % prognostizieren. Überdurchschnittlich und in Einzelfällen sogar mit weit über 40 % sind dabei die ländlichen Regionen Sachsens betroffen: In Königstein (Sächsische Schweiz) ging die Bevölkerung seit 1990 um 37,3 % oder in Johanneergeorgenstadt (Erzgebirge) um 48 % zurück. Bis 2025 werden auf Landkreisebene der Erzgebirgskreis und der Landkreis Görlitz mit 19,4 % beziehungsweise 19,6 % die höchsten Bevölkerungsverluste zu vermelden haben.⁴ Für den Zeitraum von 2005 bis 2020 ist in Sachsen mit einem Bevölkerungsrückgang von 4,3 Mio. (2005) auf 3,8 Mio. (2020) zu rechnen, der sich vor allem in ländlichen Regionen niederschlägt.⁵ Das Durchschnittsalter steigt dabei auf 48,8 Jahre.



Prof. Dr.
Ulrich Klemm

Geschäftsführer des Sächsischen Volkshochschulverbandes (SVV),
Honorarprofessor für Erwachsenenbildung
Universität Augsburg
klemm@vhs-sachsen.de

¹ Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) (2011): Nationaler Strategieplan der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume 2007–2013. Überarbeitete Fassung vom 4.8.2011. Berlin.

² Klemm, U./Seitz, K. (Hrsg.) (1989): Das Provinzbuch. Bremen.

³ SMWAV (2013): Operationelles Programm des Freistaates Sachsen für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2014–2020. Dresden, S. 51.

III. Demografie und ländlicher Raum

Bei der Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung in ländlichen Räumen für den Zeitraum von 2005 bis 2025 gehört Sachsen zu den Regionen in Deutschland, die die höchsten abnehmenden Werte aufweisen. Bis auf das Umland von Dresden und Leipzig rechnet man in den kommenden Jahren für alle anderen Regionen mit einem ‚sehr starken‘ Rückgang der Bevölkerung.⁴

Die Enquete-Kommission des Landtags stellte fest, dass bereits heute ländliche Regionen wie die Oberlausitz und das Erzgebirge überdurchschnittlich durch eine geringe Siedlungsdichte und einen hohen Altersdurchschnitt gekennzeichnet sind. Sie spricht in diesem Zusammenhang von ‚schrumpfenden Gebieten‘.⁵

Alle Studien bestätigen indes, dass es beim Bevölkerungsrückgang, bei Wanderungsbewegungen und Alterungsprozessen keine räumliche Gleichverteilung gibt. Es besteht vielmehr ein ‚Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung‘⁶. Zusammenfassend ergeben sich daraus folgende zukünftige Perspektiven für die Bevölkerungsentwicklung in Sachsen:

- Stabilisierung urbaner Kerne;
- starke Schrumpfung in ländlichen Räumen;
- räumlich differenzierter Alterungsprozess;
- ‚Entdichtung‘ von Siedlungsräumen;
- Gefährdung einer flächendeckenden Daseinsvorsorge;
- die Kosten für die Daseinsvorsorge steigen proportional zum Bevölkerungsrückgang in ländlichen Regionen.

IV. Welche Handlungsoptionen bestehen?

Vor jenem Hintergrund sieht das Sächsische Staatsministerium des Innern im Landesentwicklungsplan von 2012 folgenden Handlungsbedarf in ländlichen Räumen:

- Regionale Wirtschaftskreisläufe müssen verstärkt aufgebaut werden;
- durch eine interkommunale Zusammenarbeit können strukturelle Defizite abgebaut werden;
- endogene Ressourcen und Kompetenzen müssen stärker mobilisiert werden;
- Industrie und Gewerbe müssen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit unterstützt werden.⁹

Die Studie von Steffen Kröhnert et al. spricht in diesem Zusammenhang von einer ‚Post-Wachstums-Gesellschaft‘ mit sowohl neuen Gefahren als auch neuen Chancen für den ländlichen Raum: Einerseits wird das Leben auf dem Lande immer teurer – für die Kommunen ebenso wie für die Bevölkerung – und es wird auch immer schwieriger, eine konti-

nuerliche und langfristige Besiedelung aufrecht zu erhalten. Andererseits bleibt *der* zentrale Entwicklungs- und Standortfaktor der Mensch und sein Engagement im ländlichen Raum.

Eine wohlstandsfähige Zukunft ländlicher Räume wird nur im Kontext eines bürgerschaftlichen Engagements und einer zivilgesellschaftlichen Orientierung möglich werden. Die Aktivierung der Bevölkerung ist der zentrale Motor für Regionalentwicklungen.

Als zukunftsfähig werden sich diejenigen ländlichen Regionen erweisen, die neue Funktionen für Pendler, Touristen oder ‚Raumpioniere‘ entwickeln.¹⁰ In diesem Sinne stellt auch das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung in Dresden als die zentrale Herausforderung fest, von einem quantitativen Wachstumsparadigma hin zu einem qualitativen Schrumpfungsparadigma zu wechseln¹¹, wobei es vor allem darauf ankommt, eine *neue Partizipationskultur der vor Ort lebenden Menschen und Einrichtungen* zu entwickeln: Vorrangiges Ziel muss es sein, eigenständige Regionalentwicklungen mit übergreifenden Zielen und Anforderungen in Einklang zu bringen.

Es müssen regional differenzierte Lösungen gefunden werden. Angesichts demografischer Heterogenität benötigen ländliche Räume differenzierte Strategien, und das heißt insbesondere auch stärkere zivilgesellschaftliche und endogene Strukturen zum Erhalt und Aufbau gleichwertiger Lebensbedingungen. *Ganzheitliches Regionalmanagement* bedeutet: Entwicklung von Bottom-up-Strategien zur Revitalisierung vorhandener Strukturen und Entwicklung eines partizipatorischen Change Management.

V. Suchbewegungen

In Sachsen wird deutlich, dass Politik und Verwaltung angesichts der demografischen Entwicklungen mit klassischen Regelungsinstrumenten an Gestaltungsgrenzen kommen und zivilgesellschaftliche Ressourcen zur Regionalentwicklung benötigt werden. Wegweisend wird zunehmend die Frage: Wie kann die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und Daseinsvorsorge gesichert werden? Und alle Expertisen sind sich einig: Die Lebensqualität ist massiv gefährdet, wenn es nicht gelingt, die endogenen Potenziale für eigenständige Regionalentwicklungsprozesse zu mobilisieren.

Die aktuellen Suchbewegungen nach neuen Steuerungsmodellen für den ländlichen Raum sind sich bei aller Verschiedenheit in folgenden Zielen einig:

- mehr *Partizipation* für die betroffenen Menschen;
- mehr *Transparenz* der Strukturen nach innen und außen;

⁴ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (2011): 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025. Kamenz.

⁵ Vgl. Sächsische Staatskanzlei (Hrsg.) (2006): Empfehlungen zur Bewältigung des demografischen Wandels im Freistaat Sachsen. Dresden, S. 1.

⁶ Vgl. Breukelchen, T. (2011): Alt und Jung – Zusammen die Zukunft gestalten. In: chance – Das Magazin der Bertelsmann Stiftung, 1/2011, S. 28.

⁷ Vgl. Sächsischer Landtag (Hrsg.) (2007): Demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Menschen im Freistaat Sachsen sowie ihre Folgen für die politischen Handlungsfelder. Bericht der Enquete-Kommission. Zugleich Landtagsdrucksache 4/13 000. Dresden.

⁸ Vgl. Müller, B./Siedentop, S./Wirth, P. (2005): Demografischer Wandel, Raumentwicklung und Infrastruktur. Vortrag in der Enquete-Kommission des Sächsischen Landtags. Dresden.

⁹ Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.) (2012): Landesentwicklungsplan 2012. Geänderter Entwurf für das Beteiligungsverfahren. Kabinettsbeschluss vom 25. September 2012. Dresden, S. 51-55.

¹⁰ Vgl. Kröhnert, St./Kuhn, E./Karsch, M./Klingholz, R. (2011): Die Zukunft der Dörfer zwischen Stabilität und demografischem Niedergang. Berlin.

¹¹ Vgl. Müller, B./Siedentop, S./Wirth, P. (2005): Demografischer Wandel, Raumentwicklung und Infrastruktur. Vortrag in der Enquete-Kommission des Sächsischen Landtags. Dresden.

- mehr *Verantwortung an die professionellen und ehrenamtlichen Akteure*;
- mehr *Verbindlichkeit* im strategischen und operativen Handeln.

Drei Strategien rücken in den Fokus:

1. *Vernetzung*: Statt Hierarchisierung muss zukünftig eine stärkere Vernetzung als gesellschaftlicher Entwicklungsfaktor im Alltag und in Politik zum Zuge kommen. Bestehende beziehungsweise anstehende Probleme und Veränderungen können nur durch eine stärkere Vernetzung von vorhandenen Ressourcen und Kapazitäten bewältigt werden. Vernetzung bedeutet dabei sowohl eine Kooperation zwischen verschiedenen Institutionen einer Branche oder eines Bereichs, etwa zwischen verschiedenen Trägern der Weiterbildung, aber auch eine Kooperation in intermediärer Form, das heißt zwischen Einrichtungen unterschiedlicher Branchen, zum Beispiel zwischen einer VHS, einem Sportverein und einer Krankenkasse zur Entwicklung einer ‚Gesundheitsregion‘.

2. *Beteiligung*: Der zweite Aspekt zielt auf eine neue Kultur der Beteiligung. Gemeint ist die Suche nach einem Politikstil, der die vor Ort lebenden Menschen mit einbinden kann und will. Dies erfordert unter anderem auch angemessene Reaktionen auf ein spürbares Unbehagen an der real existierenden Demokratie. Bereits in den 1960er-Jahren sprach der Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel von den Gefahren zunehmender ‚Strukturdefekte‘ in unserer repräsentativen Demokratie¹², die sich aktuell als eine „Erstarrung des politischen Lebens“¹³ zeigen. Ganz zentral wird hier die Frage: Wie können die Bürger/innen in einer Parteiendemokratie weniger Zuschauer sein, sondern mehr am politischen Geschehen beteiligt werden? Welche Motivation und welche Strukturen sind notwendig, damit Menschen auch in ländlichen Regionen mehr öffentliche Verantwortung übernehmen (zum Beispiel in Form von ehrenamtlichen Tätigkeiten)?

3. *Lernen*: Die Realisierung einer Lern- und Wissensgesellschaft bedeutet im ländlichen Raum den Aufbau von ‚Lernenden Regionen‘. Eine so genannte Lerngesellschaft definiert sich vor allem über eine neue Lernkultur, das heißt über einen neuen Umgang mit Wissen, Lehren und Lernen. Kennzeichen dieses Wandels von einer ‚Belehrenskultur‘ zur ‚Ermöglichungskultur‘ ist eine neue pädagogische Kultur der Vernetzung, Beteiligung und Nachhaltigkeit. Sowohl individuelles Lernen als auch gesellschaftliches Lernen wird zunehmend partizipatorisch definiert.



Werbung in eigener Sache

Lernen und Strukturentwicklung erhalten neue Qualitäten, die man umschreibt mit: lebenslang, selbstgesteuert, global, informell und bürgerschaftlich. Folgt man diesen Analysen, dann lautet die zukünftige Frage nicht nur: *Was* müssen die Menschen lernen? Sondern: *Wie* können Menschen dazu befähigt werden, sich und andere lebenslang und selbstgesteuert zu entwickeln und Verantwortung zu übernehmen?

Was benötigt eine Region, um zu einer ‚Lernenden Region‘ zu werden, um sogenannte ‚endogene Potentiale und Ressourcen‘ freizulegen? Wie kann in einer Region das ‚humane Kapital‘ erkannt, freigesetzt, vernetzt und genutzt werden? Die Übertragung der Idee von einer Lern- und Wissensgesellschaft auf den ländlichen Raum mündet in die Frage nach der Initiierung und Förderung von Lernenden Regionen.

VI. Erwachsenenbildung im ländlichen Raum

Die genannten drei Steuerungsinstrumente kommen im ländlichen Raum in verschiedenen Praxisfeldern mehr oder weniger intensiv seit einigen Jahren zur Anwendung. Realisierungen finden wir etwa bei Dorfentwicklungsprojekten, bei der ländlichen Regionalentwicklung oder im Bereich der ländlichen Bildungsarbeit.

Für die Praxis von Lernenden Regionen lassen sich laut Dieter Gnahn folgende strategische und didaktische Anforderungen zusammenfassen:

- mehr Information und Transparenz in der regionalen Bildungslandschaft durch gemeinsame Informationssysteme und Veranstaltungen (Lernfeste, Bildungsmessen und Ähnliches);
- eine regionalspezifische Bildungsberatung über Bildungsbereiche hinweg (über eine trägerübergreifende Bildungsberatungsstelle zum Beispiel);
- eine regelmäßige Bildungsbedarfsanalyse;
- Qualitätssicherungssysteme (beispielsweise ein Qualitätsmanagement für regionale Bildungseinrichtungen);
- mehr regionalspezifische Zielgruppenangebote (etwa für Frauen, Senioren, Jugendliche, Arbeitslose, Führungskräfte, Asylbewerber);

¹² Vgl. Fraenkel, E. (1964/1974): Deutschland und die westlichen Demokratien. Stuttgart.

¹³ Vgl. Wassermann, R. (1986): Die Zuschauerdemokratie. Düsseldorf/Wien, S. 167.



Was benötigt eine Region, um zu einer ‚Lernenden Region‘ zu werden?

¹⁴ Vgl. Gnahn, D. (1997): Die lernende Region als Bezugspunkt regionaler Weiterbildungspolitik. In: R. Dobischat/R. Husemann (Hrsg.): Berufliche Bildung in der Region. Berlin, S. 25–38.

¹⁵ Vgl. Sächsischer Landtag (Hrsg.) (2007): Demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Menschen im Freistaat Sachsen sowie ihre Folgen für die politischen Handlungsfelder. Bericht der Enquete-Kommission. Zugleich Landtagsdrucksache 4/13 000. Dresden, S. 113.

¹⁶ S. o. A., S. 59ff.

¹⁷ S. o. A., S. 113ff.

¹⁸ Sächsische Staatskanzlei (Hrsg.) (2006): Empfehlungen zur Bewältigung des demografischen Wandels im Freistaat Sachsen. Dresden, S. 20.

¹⁹ Vgl. Deutscher Städtetag/Deutscher Landkreistag/Deutscher Städte- und Gemeindebund/Deutscher VHS-Verband (2011): Leistungsfähige Volkshochschulen – Aktivposten für Städte, Kreise und Gemeinden. Gemeinsame Erklärung der kommunalen Spitzenverbände. Berlin/Bonn.

²⁰ Vgl. SMWAV (2013): Operationelles Programm des Freistaates Sachsen für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2014–2020. Dresden, S. 76f.

- bessere Foren intermediärer Kooperation zwischen Wirtschaft, Politik, Sozialbereich und Umwelt (wie zum Beispiel die Agenda-21-Prozesse);
- eine alltägliche und gemeinwesenorientierte Erwachsenenbildung, die die klassische Komm-Struktur mit Geh-Strukturen erweitert.¹⁴

Eine zentrale Bedeutung in der Praxis erlangen dabei vor allem Formate einer Bildungs- und Kulturarbeit, die sich explizit als regionaler Entwicklungs- und Standortfaktor ins Spiel bringt. Klassische Formen der Erwachsenenbildung werden hier ergänzt und weiterentwickelt zu Methoden einer aktivierenden Gemeinwesenarbeit. Dies geschieht

- methodisch durch eine aufsuchende Bildungsarbeit, die traditionelle Bildungsorte verlässt;
- inhaltlich durch neue Bezüge zu politischen und gesellschaftlichen Prozessen;
- bildungspolitisch durch einen Kanon, der nicht mehr nur aus allgemeinem Bildungswissen besteht, sondern sich auch mit lokalem und regionalem Fokus an dem aktuellen gesellschaftlichen Wandel vor Ort orientiert;
- pädagogisch durch eine neue Lernkultur, die Lernen vor allem als einen aktiven, selbstgesteuerten und auch beiläufigen Prozess versteht, der entschult und entbürokratisiert werden muss.

VII. Strategische Orientierungen für eine ländliche Erwachsenenbildung

Vor dem Hintergrund der oben angesprochenen gesellschaftlichen und andragogischen Situation in ländlichen Räumen hat der Sächsische Volkshochschulverband im Herbst 2013 ein Strategiepapier zur Revitalisierung der ländlichen Erwachsenenbildung in die Bildungspolitik des Freistaates mit folgenden Eckpunkten eingebracht:

a) Differenzierte Strukturförderung für Weiterbildung

Ziel einer Bildungspolitik des Freistaates muss es sein, den Blick für Erwachsenenbildung im ländlichen Raum zu schärfen und zu verdeutlichen, dass

der ländliche Raum eine differenzierte Wahrnehmung und entsprechend differenzierte Strukturen benötigt. Das Problem der gegenwärtigen Förderung ist die Orientierung an den Maßstäben urbaner Strukturen. Hier ist ein Umdenken nötig, wenn Weiterbildung den anstehenden und dringenden Herausforderungen ländlicher Räume gerecht werden soll.¹⁵

b) Lebensverlaufspolitik braucht lebensbegleitendes Lernen

Die von der Enquete-Kommission geforderte „bevölkerungsbewusste Politik“¹⁶ im Sinne einer „Lebensverlaufspolitik“¹⁷ benötigt ein lebensbegleitendes Lernen. Die Sächsische Staatskanzlei bemerkt im selben Zusammenhang, dass die „Bedeutung des lebenslangen Lernens noch nicht erkannt“¹⁸ sei.

c) VHS als kommunaler Partner für Regionalentwicklung

Die kommunalen Spitzenverbände betonen ausdrücklich die Bedeutung der Volkshochschulen als Partner bei der Förderung der Daseinsvorsorge und der Regionalentwicklungen sowie als Standortfaktor.¹⁹ Diese Partnerschaft muss für den ländlichen Raum konkretisiert, spezifiziert und mit Förderprogrammen ausgebaut werden, um die vorhandenen Potentiale zu nutzen.

d) Vernetzung mit dem ESF-Programm

Die Maßnahmen zur Stärkung ländlicher Räume durch Weiterbildung sind anschlussfähig an das Operationelle Programm des Freistaates Sachsen für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2014–2020. Es geht hierbei insbesondere um

- Maßnahmen zur Förderung der Umsetzung von Aktivitäten im Bereich des lebenslangen Lernens und zur Verbesserung individueller Qualifikationen und
- struktureller Rahmenbedingungen im ländlichen Raum;
- Maßnahmen zur effektiven Vermittlung von allgemeinen und beruflichen Kompetenzen für spezielle Zielgruppen im ländlichen Raum;
- Maßnahmen für einen niederschweligen Zugang zu Weiterbildung und den Einsatz von Qualitätsstandards (zum Beispiel ein Europäisches Sprachenportfolio);
- Maßnahmen zur Vermeidung und Reduzierung von Armut und Segregation.²⁰

e) Landes-Programm „Stärkung ländlicher Räume durch regionale Kompetenzentwicklung und regionales Bildungsmanagement“

Entsprechend den Empfehlungen der Enquete-Kommission (2007) zur Bedeutung des lebenslangen Lernens bei den zu erwartenden demografischen Entwicklungen und zur Sicherung der

Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen wird ein ressortübergreifendes Sonderprogramm zur Stärkung ländlicher Räume durch regionale Kompetenzentwicklung und regionales Bildungsmanagement empfohlen. Das Programm geht von drei Pfeilern aus:

- Eine *Grundförderung* für Einrichtungen in ländlichen Räumen. Aufgrund der beschriebenen Lebensbedingungen und Bevölkerungsdichte in ländlichen Räumen muss die Mindestteilnehmerzahl und auch die Mindestzahl der förderungsfähigen Unterrichtsstunden deutlich herabgesetzt werden. Bedingt durch infrastrukturelle Bedingungen ist auch der persönliche Aufwand für Weiterbildungsmaßnahmen größer.

Im Sinne einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss einerseits eine stärkere Subjektförderung im ländlichen Raum erfolgen und andererseits eine dem ländlichen Raum adäquate institutionelle Förderung der Weiterbildungseinrichtungen. Ländliche Räume im Kontext der demografischen Entwicklung erzeugen deutlich höhere Kosten für die Daseinsfürsorge und die Lebenshaltung als Metropolen und Verdichtungsräume.

- Ein zentraler Ansatzpunkt zur Stärkung der Daseinsfürsorge in ländlichen Räumen ist die Schaffung von regionalen Bildungsnetzwerken, um vorhandene Ressourcen und Kompetenzen zu bündeln. Hierzu wird ein regionales Bildungsmanagement empfohlen, das auf Landkreisebene Regionalentwicklung im Sinne lebensbegleitenden Lernens umsetzt. Dieses Regionalmanagement erstreckt sich auf alle Bildungsbereiche, stellt Schnittstellen zur Wirtschaft und Verwaltung her und fördert eine vernetzte und regionalspezifische Bildungsinfrastruktur.
- Der Umsetzung dieser Bildungsstrukturentwicklung im Freistaat Sachsen geht ein *Pilotprojekt* „Koordinierungsstelle für regionales Bildungsmanagement und Bildungsberatung im ländlichen Raum“ auf Landkreisebene voraus.

VIII. Fazit

Erfahrungen mit innovativen Konzepten ländlicher Erwachsenenbildung in den letzten Jahren lassen im Horizont demografischer und gesellschaftlicher Entwicklungen einen Handlungsbedarf offensichtlich werden, der neue Steuerungsmodelle erfordert:

- Benötigt werden Steuerungsmodelle für eine *neue Kooperationskultur* zwischen unterschiedlichen Trägern der Erwachsenenbildung (zum Beispiel VHS mit kirchlichen Trägern), zwischen Erwachsenenbildung und Kommunen, zwischen Erwachsenenbildung und zivilgesellschaftlichen Initiativen und mit Einrichtungen der Wirtschaft. Eine entsprechende Kooperationskultur ist erst im Ansatz sichtbar bzw. auf der Basis persönlicher Beziehungen eher zufällig und singulär. Hier

benötigt der ländliche Raum Konzepte für ein regionales Bildungsmanagement.

- Benötigt werden dabei *Steuerungsmodelle für Innovationen*, das heißt niederschwellige Struktur- und Menschenförderprogramme, die die endogenen Potentiale einer Region anregen und motivieren, zum Beispiel analog zu dem Prinzip der Mikrokredite in der Entwicklungshilfe. Es geht um eine kleinteilige und unkomplizierte Förderung regionaler Humanressourcen.
- Benötigt werden zudem *Steuerungsmodelle für eine differenzierte Analyse und Betrachtung* regionaler Entwicklungsprozesse. Es finden sich in den aktuellen Erwachsenenbildungsgesetzen der Bundesländer nur ungenügende Ansätze einer differenzierten Betrachtung der Weiterbildungsmilieus. Es ist unsinnig, die Lebens- und Weiterbildungswelt in der Großstadt Leipzig mit jener in Nordsachsen (ländliches Umland von Leipzig) gleichzusetzen und identische Förderrichtlinien zu erlassen. Man betrachte dazu nur die Bevölkerungsdichte: In Leipzig leben ca. 1.700 Einwohner pro qkm; in Nordsachsen sind es ca. 100 Einwohner pro qkm.

Die vorhandenen Steuerungsmodelle zur Förderung und Finanzierung der Erwachsenenbildung in Sachsen stammen aus den 1990er-Jahren und lehnen sich an die Förderphilosophie aus den späten 1970er-Jahren an. Diese Politik war in den letzten Jahren durchaus erfolgreich und führte zum Aufbau einer stabilen Weiterbildungsstruktur in Sachsen. Jedoch sind die Grenzen derzeit erreicht. Der gesellschaftliche Wandel in den ländlichen Räumen erfordert einen neuen Blick und macht sowohl im operativen Bereich (Trägerebene) als auch im strategischen Bereich (Steuerungsmodelle und Bildungspolitik) ein Umdenken notwendig.

Das *quantitative* Förderparadigma der Bildungspolitik, nach dem vor allem Wachstum, das heißt gesteigerte Unterrichtseinheiten und Teilnehmerzahlen, belohnt werden, muss durch ein *qualitatives* Förderparadigma ergänzt werden, dass davon getragen wird, wie und ob es gelingt, unter erschwerten Bedingungen Bildungsangebote zu realisieren.

Dieser Paradigmenwechsel ist eine zentrale Voraussetzung für eine antizipatorische und partizipatorische ländliche Bildungsstrategie.